

**B**

Ausgabe Juni 2015

## BERICHT AUS DEM LANDTAG

**SPEZIALAUSGABE ZUM  
THEMA SCHULE**

# DAS ROT-GRÜNE SCHULGESETZ UND SEINE FOLGEN

*Thema des Monats*  
**DAS ROT-GRÜNE SCHULGESETZ  
UND SEINE FOLGEN**

*Aus dem Parlament*  
**100.000 UNTERSCHRIFTEN GEGEN DAS  
ROT-GRÜNE CHANCENVERNICHTUNGS-  
GESETZ ABGESCHMETTERT**

*Klartext*  
**SCHWERE SCHLAPPE FÜR DIE  
KULTUSMINISTERIN**

*Interview*  
**EIN RABENSCHWARZER TAG FÜR DIE  
BILDUNGSPOLITIK IN NIEDERSACHSEN**

*Aktuell*  
**DER BRAKER „MAULKORB-ERLASS“**

*Aktuell*  
**ERFOLGSMODELL AUF ABWEGEN**

### EDITORIAL



Sehr geehrte Damen  
und Herren,

der Bericht aus dem Landtag befasst sich in dieser Ausgabe ausgiebig mit dem neuen Schulgesetz in Niedersachsen. Zum ersten Mal seit der Regierungsübernahme hat Rot-Grün ein umfassendes Gesetzeswerk vorgelegt.

Die Koalition hat erkennbare Schwierigkeiten, sich bei Inhalten auf eine gemeinsame Linie zu verständigen. Leider haben die Regierungsfaktionen beim Schulgesetz an einigen Stellen ihre Ideologie über die Sachpolitik gestellt. Am deutlichsten wird das aus meiner Sicht bei der Abschaffung der Förderschulen.

Es wäre vernünftig gewesen, eine echte Wahlfreiheit zwischen einer Förderung innerhalb eines großen Klassenverbandes einer Regelschule und den speziellen Möglichkeiten einer Förderschule zu schaffen. Stattdessen nimmt Rot-Grün ausgerechnet den Schwächsten in unserer Gesellschaft ihre Schule weg. Nicht einmal der hunderttausendfache Protest durch Petitionen aus allen Teilen des Landes hat SPD und Grüne von diesem Kurs abbringen können. Vermutlich ist es die Einstimmenmehrheit im Niedersächsischen Landtag, die es am Ende unmöglich macht, einmal mühsam vereinbarte Kompromisse zu verändern. Eine solche Politik lähmt das Land und wirft Niedersachsen zurück.

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## THEMA DES MONATS

# DAS ROT-GRÜNE SCHULGESETZ UND SEINE FOLGEN

SPD und Grüne bringen Schulgesetznovelle mit knapper Mehrheit durch den Landtag – gravierende Folgen für Niedersachsens Schüler werden erst in einigen Jahren sichtbar

Es war ein wahrer Abstimmungsmarathon, den die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags im Juni-Plenum im Rahmen der Schulgesetzberatung über sich ergehen lassen mussten. Insgesamt mehr als 60 Einzelabstimmungen und drei namentliche Abstimmungen waren nötig, bis SPD und Grüne ihre umstrittene Schulgesetznovelle mit knapper Mehrheit durch das Parlament gebracht hatten – gegen den Willen der Opposition, aber vor allem gegen den Willen großer Teile der niedersächsischen Bevölkerung. Monatelang sind Schüler, Eltern und Lehrer gegen die Novelle Sturm gelaufen – haben protestiert und Petitionen unterzeichnet. Am Ende war alles vergebens.

Kaum ein Thema hat Öffentlichkeit und Landtag in den vergangenen Wochen so sehr beschäftigt, wie die rot-grüne Schulgesetznovelle. „In der Bildungspolitik wird über Lebenswege, Hoffnungen und Perspektiven entschieden“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Das von der Landesregierung vorgelegte Schulgesetz stellt die Weichen in der niedersächsischen Schulpolitik grundlegend falsch. Ich bin mir mit zehntausenden Eltern und den Vertretern großer Bildungsverbände einig: Diese Schulgesetznovelle wird in ihren Auswirkungen die Qualität unseres Bildungssystems verschlechtern.“

Zwar werden die Konsequenzen, die aus dem neuen Schulgesetz erwachsen, nicht von heute auf morgen zu spüren sein – doch die Veränderungen sind gravierend und werden den Schulalltag vieler Schüler in Niedersachsen langfristig massiv beeinträchtigen. Was im Einzelnen auf die Schülerinnen und Schüler zukommt, zeigen die folgenden drei Szenarien.

## 1. Die Rückkehr zu G9

**Lisa ist zehn Jahre alt. Seit Wochen ist sie ganz aufgeregt und kann das Ende der Sommerferien kaum abwarten, denn dann geht sie aufs Gymnasium – dann gehört sie endlich zu „den Großen“. Wenige Jahre später sieht das ganz anders aus. Lisa besucht inzwischen die Oberstufe. An ihrer Schule gibt es nicht genug Lehrer, deshalb fällt der Unterricht immer häufiger aus. Weil Lisa und ihre Klassenkameraden den Stoff aber mit Blick auf das Zentralabitur trotzdem lernen müssen, bleibt in den stattfindenden Stunden kaum Zeit etwas zu wiederholen oder Fragen zu stellen. Regelmäßig bekommen die Schüler Aufgabenblätter mit nach Hause, um ein neues Thema eigenständig zu erarbeiten. Für Lisa ist das vor allem in Mathe und Physik ein Problem – schon immer hat sie sich in diesen Fächern schwer getan. Mit den Aufgaben der Lehrer ist sie oft überfordert und auch ihre Eltern können meist nicht helfen. Es fehlt einfach jemand, der ihr den Stoff vernünftig erklärt. Inzwischen steht sie in beiden Fächern auf fünf und hat furchtbare Angst, das Abi nicht zu schaffen.**

So wie Lisa wird es in den kommenden Jahren vielen Gymnasiasten in Niedersachsen gehen. Grundsätzlich ist die Rückkehr zu G9 zwar eine Entscheidung, die viele Schüler und Eltern sich gewünscht haben – die Vorbereitung durch die rot-grüne Landesregierung war jedoch katastrophal. Die Schulen wurden viel zu spät informiert, klare Handlungsanweisungen gibt es nicht – genauso wenig wie entsprechende Schulbücher. Das größte Problem ist jedoch die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien. Schon jetzt klagen viele Schulen über zu wenig Lehrer – mit der Rückkehr zu G9 wird sich das noch weiter verschärfen. Denn: Ein Jahr länger am Gymnasium bedeutet auch mehr Unterricht und dafür benötigt man mehr Lehrer. Insgesamt werden Niedersachsens Gymnasien im Schuljahr 2020/21 fast 1.300 zusätzliche Lehrerstellen brauchen. Entsprechende vorbereitende Maßnahmen hat die rot-grüne Landesregierung jedoch nicht ergriffen.



Da kommt einiges auf Niedersachsens Schüler zu: Zwar werden die Auswirkungen des rot-grünen Schulgesetzes nicht sofort zu spüren sein – langfristig wird sich der Alltag an vielen Schulen im Land aber gravierend verändern.

Foto: dpa

## 2. Das Aus für die Förderschulen

**Leon ist 9 Jahre alt. Zunächst ist er ein Jahr auf eine reguläre Grundschule gegangen, doch das Lesen und Schreiben fällt ihm schwerer als anderen Kindern. Als er die erste Grundschulklasse wiederholen musste, haben seine Eltern deshalb beschlossen, ihn auf eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen zu schicken. Inzwischen geht Leon richtig gerne zur Schule. In seiner Klasse ist er längst nicht der Einzige, bei dem es mit dem Lesen und Schreiben nicht so gut klappt. Keiner lacht über ihn und die Lehrer haben viel Geduld, wenn er mit einer Aufgabe Schwierigkeiten hat. Vor ein paar Tagen allerdings hat Leons Mutter ihm gesagt, dass er nicht weiter auf die Förderschule gehen kann, sondern nach der vierten Klasse an die Gesamtschule wechseln muss. Die Förderschule wird geschlossen. Seitdem hat Leon Angst – Angst davor, dass alles wieder so wird, wie es schon mal war.**

Das rot-grüne Schulgesetz ist geprägt von der Vorstellung, dass Bildungsgerechtigkeit sich nur über Gleichmacherei erreichen lässt. Aber so einfach ist es eben nicht. Bei der Inklusion muss das Kindeswohl an erster Stelle stehen – sie darf die Beteiligten nicht überfordern. Sicherlich ist es für viele Kinder und Jugendliche eine große Chance, eine allgemeinbildende Schule besuchen zu können. Es gibt aber eben auch Kinder wie Leon, die schlechte Erfahrungen gemacht haben oder einer besonderen Förderung bedürfen. SPD und Grüne machen es sich zu einfach, wenn sie versuchen, die Probleme, die es nach wie vor bei der Umsetzung der Inklusion gibt, mit der Abschaffung der Förderschulen zu lösen. Mehr Fortbildungen und eine bessere Vorbereitung der Schulen auf die Inklusion würden den Betroffenen mehr bringen, als die rot-grüne „Turbo-Inklusion“.

## 3. Einheitsschulland Niedersachsen

**Finn ist 10 Jahre alt. Schon immer war es sein Traum, später als Mechatroniker zu arbeiten – deshalb stand für ihn fest, dass er nach der Grundschule die Oberschule mit dem Profil Technik in seiner Heimatstadt besuchen würde. Doch weil die rot-grüne Landesregierung entschieden hat die Gesamtschulen zur ersetzenden Schulform zu machen, wird die Oberschule in wenigen Jahren geschlossen. Ab dem kommenden Schuljahr werden keine neuen Schüler mehr aufgenommen. Eine andere Oberschule gibt es in der näheren Umgebung nicht. Weil die Gesamtschule kein technisches Profil anbietet, haben Finns Eltern nach langem Überlegen beschlossen, ihn auf die Oberschule im Nachbarlandkreis zu schicken. Allerdings muss er dafür jeden Morgen knapp eine Stunde Fahrtzeit zur Schule auf sich nehmen.**

Auch wenn SPD und Grüne es nicht zugeben wollen, das Ziel ihrer Schulgesetznovelle ist klar erkennbar: Niedersachsen soll Gesamtschulland werden. In Zukunft können Gesamtschulen alle anderen Schulformen ersetzen – für viele kleine Gymnasien, Haupt-, Real- und Oberschulen wird das über kurz oder lang das Aus bedeuten. Denn gefördert wird nur, was gefällt und das ist unter Rot-Grün allein die Gesamtschule. Darunter werden auch die Vielfalt des Schulangebots und die wohnortnahe Ausrichtung leiden, die bislang zu den wichtigsten Grundsätzen des niedersächsischen Bildungssystems gehört haben. Wer sich gegen den Besuch einer Gesamtschule entscheidet, muss lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen – und zwar von der Grundschule an. Denn durch die Möglichkeit, auch eine Primarstufe anzubieten, könnten die Gesamtschulen langfristig auch viele kleine Grundschulen in Niedersachsen verdrängen.



# AUS DEM PARLAMENT

## 100.000 UNTERSCHRIFTEN GEGEN DAS ROT-GRÜNE CHANCENVERNICHTUNGSGESETZ ABGESCHMETTERT

SPD und Grüne weigern sich mehrfach, Petitionen gegen das Schulgesetz zu berücksichtigen

Über Monate haben Schul- und Bildungsverbände mit großem Engagement Unterschriften gegen das rot-grüne Schulgesetz gesammelt. Gemeinsam setzen diese Petitionen ein beeindruckendes Zeichen: In rund 100 Einzelpetitionen sprachen sich über 100.000 Menschen gegen die Schulpolitik von SPD und Grünen aus. Doch Rot-Grün hat die Beschwerden im Kultusausschuss und auch im Landtag abgeschmettert und die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes beschlossen. Dabei stimmte ein grüner Bildungsexperte sogar ausdrücklich gegen seine eigene Überzeugung. Das zeigt, dass es der Regierung Weil offenbar nicht um gute Schulpolitik, sondern um Ideologie geht.

### Rot-Grün lehnt Beratung der Petitionen ab

„Allein die Zahl der Petitionen und der gesammelten Unterschriften ist beeindruckend. Die Menschen sorgen sich, dass dieses rot-grüne Chancenvernichtungsgesetz die Bildungssituation der Schüler dauerhaft verschlechtert“, sagt die Fraktionsvizein und Vorsitzende des Arbeitskreises Petitionen der CDU-Landtagsfraktion, Editha Lorberg. Die Behandlung der Petitionen im Kultusausschuss am 22. Mai wurde für die Unterzeichner jedoch zu einer herben Enttäuschung: Nach wenigen Minuten erklärten die Abgeordneten von SPD und Grünen allein 46 Petitionen für erledigt. „Das Abschmettern der Petitionen ist ein fatales Signal an die Menschen, die unzufrieden mit der rot-grünen Schulpolitik sind und ihren Protest auf demokratische Weise vorgetragen haben“, so Lorberg. Schließlich sollen Bürger über Petitionen die Möglichkeit haben, ihrem Unmut Gehör zu verschaffen und eine Auseinandersetzung des Landtags mit einem Problem einzufordern. Dies war durch das kategorische „Nein“ von Rot-Grün jedoch ausgeschlossen. Daran konnte auch ein CDU-Antrag nichts mehr ändern: Im Juni-Plenum verhinderte Rot-Grün die Beachtung der Petitionen erneut. „Das Verhalten der Regierungsfractionen zeigt, wie wenig der Wille tausender Bürger für diese Regierung zählt“, sagt Lorberg.

### Rot-grüne Parteideologie wiegt mehr als persönliche Überzeugungen

Wie schon bei der Diskussion um die Zukunft der Gymnasien haben SPD und Grüne auch bei der Abweisung der Petitionen gezeigt, dass Parteideologie mehr Gewicht hat, als die persönlichen Überzeugungen. Besonders deutlich wird das am Verhalten des schulpolitischen Sprechers der Grünen, Heiner Scholing: „Herr Scholing hat sich in einer Stellungnahme zu einer Petition klar für eine Anhörung zu der Eingabe im Fachausschuss ausgesprochen. In der namentlichen Abstimmung im Plenum hat er aber genau das abgelehnt“, sagt Lorberg. „Scheinbar hat Herr



Editha Lorberg – Mdl, Vorsitzende des Arbeitskreises Petitionen der CDU-Landtagsfraktion.



Von Rot-Grün abgeschmettert: Petition gegen das Chancenvernichtungsgesetz.

Scholing vergessen, dass er als frei gewählter Abgeordneter in erster Linie seinem Gewissen verpflichtet und nicht dazu verdammt ist, seiner Fraktion blinde Gefolgschaft zu leisten.“ Erneut steht Ideologie verantwortungsvollem Regierungshandeln im Weg – zu Lasten der niedersächsischen Schüler, deren Ausbildungschancen dem rot-grünen Einheitsschulsystem geopfert werden. „Es ist unerträglich, wie Rot-Grün den Willen der Bürger und die Bildungsvielfalt zu Gunsten einer Bildungspolitik der siebziger Jahre des vergangenen Jahrtausends opfert“, kritisiert Lorberg. „Die CDU-Fraktion setzt sich weiter dafür ein, dass die Menschen, die sich gegen dieses Chancenvernichtungsgesetz stellen, im Landtag gehört werden.“

## KLARTEXT:

## SCHWERE SCHLAPPE FÜR DIE KULTUSMINISTERIN

Von Kai Seefried

Was war das für eine Schlappe, die Kultusministerin Heiligenstadt vor dem Niedersächsischen Obergericht (OVG) in Lüneburg einstecken musste: Die Richter erklärten die seit August vergangenen Jahres geltende Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrer für „unwirksam“ – Revision ausgeschlossen. Die Vorschrift verstoße gegen die Fürsorgepflicht und den Grundsatz der Gleichbehandlung, heißt es in einer Mitteilung des OVG. Die von der Ministerin angeordnete Mehrarbeit gilt nur für die Gymnasiallehrer – alle anderen verbeamteten Lehrer im niedersächsischen Schuldienst sind davon nicht betroffen.

Seit August 2014 müssen die niedersächsischen Gymnasiallehrer auf Beschluss der rot-grünen Landesregierung 24,5 statt wie bisher 23,5 Stunden pro Woche unterrichten. Daraufhin reichten sieben Lehrer und zwei Schulleiter Klage vor dem OVG ein. Mit dem Urteil muss Heiligenstadt sich jetzt höchstrichterlich bescheinigen lassen, dass ihre Pläne verfassungswidrig sind. Nicht einmal zweieinhalb Jahre nach ihrem Amtsantritt steht die Ministerin nun vor einem riesigen Scherbenhaufen rot-grüner Schulpolitik.

Und es kommt noch schlimmer: Indirekt unterstellt das OVG Kultusministerin und Landesregierung eine schlechte und unsaubere juristische Vorbereitung der Arbeitszeiterhöhung. Die Landesregierung als Dienstherrin hätte Veranlassung gehabt, so schreibt das OVG in seiner Pressemitteilung, „im Rahmen einer auch empirischen Studie die tatsächliche



Abgewatscht: Kultusministerin Heiligenstadt kassierte vor dem Obergericht Lüneburg eine empfindliche Niederlage – die Richter erklärten die von der rot-grünen Landesregierung verordnete Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrer für „unwirksam“. Foto: dpa



Kai Seefried, Mdl – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Belastung der niedersächsischen Lehrkräfte an Gymnasien zu ermitteln.“ Genau das hat die CDU-Fraktion seit fast zwei Jahren gefordert. Aktuell läuft sogar eine entsprechende Studie der Lehrgewerkschaft GEW an 261 Schulen in ganz Niedersachsen – 6000 Lehrer nehmen daran teil. Das Ergebnis wird im Frühjahr kommenden Jahres erwartet.

Warum also hat die Regierung Weil nicht einfach selbst eine solche Erhebung auf den Weg gebracht? Ganz einfach: Die Landesregierung brauchte dringend Geld, um ihre vor der Wahl groß angekündigte „Zukunftsoffensive Bildung“ zu finanzieren. Die zusätzliche Unterrichtsstunde für die Gymnasiallehrer schien da für Rot-Grün die einfachste Lösung zu sein – ein gewaltiger Irrtum, wie sich jetzt zeigt.

Die Auswirkungen des Lüneburger Richterspruchs sind gewaltig. Ab dem kommenden Schuljahr 2015/16 fehlen ohne die Mehrarbeit an Niedersachsens Gymnasien nach eigenen Berechnungen der Landesregierung mindestens 740 Vollzeitlehrerstellen. Taktische Ablenkungsmanöver, wie der Verweis auf die grundsätzliche Bedeutung des Urteils auch für andere Bundesländer, werden der Landesregierung kaum weiterhelfen.

Anstatt sich in quälend langen juristischen Prüfungen des OVG-Urteils zu ergehen, muss der Ministerpräsident endlich seiner Verantwortung gerecht werden und dafür sorgen, dass an Niedersachsens Gymnasien endlich wieder Ruhe einkehrt. Rot-Grün muss jetzt umgehend einen Nachtragshaushalt vorlegen, der die fehlenden Lehrstellen umfasst und vom Landtag noch im Juli-Plenum abschließend beraten werden kann. Vor der Sommerpause muss Klarheit in dieser Sache herrschen, damit sich die Schulen endlich wieder um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können: die Bildung der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler.



## INTERVIEW

# EIN RABENSCHWARZER TAG FÜR DIE BILDUNGSPOLITIK IN NIEDERSACHSEN

Mit knapper Mehrheit hat der Landtag im Juni-Plenum die umstrittene Schulgesetznovelle der rot-grünen Landesregierung verabschiedet. Petra Wiedenroth, Geschäftsführerin des Verbands der Elternräte der Gymnasien, spricht im Interview über die Konsequenzen des Gesetzes für die niedersächsische Bildungslandschaft.

### Das rot-grüne Schulgesetz tritt zum Schuljahresbeginn 2015/16 in Kraft – Ihre Meinung zu dem Landtagsbeschluss?

Bei dieser Gesetzesnovelle geht es nicht vorrangig um inhaltliche Aspekte, sondern um die Umsetzung ideologischer Grundsätze mit der Brechstange – darum, eine Politik durchzusetzen, die keine Mehrheit in der Bevölkerung findet. Der Tag der Abstimmung über das Schulgesetz war ein rabenschwarzer Tag für die Bildungspolitik in Niedersachsen und für das Demokratieverständnis in unserem Land. Zahlreiche Petitionen mit mehr als 100.000 Unterstützern wurden innerhalb weniger Minuten abgewatscht. Man muss sich dabei deutlich vor Augen führen, dass Rot-Grün mit einer hauchdünnen Mehrheit von gerade einmal 12.000 Stimmen regiert – angesichts so knapper Mehrheitsverhältnisse ist ein solcher Umgang mit dem Wählerauftrag an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten.

### Was bedeutet die Novelle für die Zukunft der Gymnasien in Niedersachsen?

Die Möglichkeit, Gesamtschulen zur ersetzenden Schulform zu machen, wird langfristig zum Sterben von Gymnasien im ländlichen Raum führen. Das ist ein klarer Angriff auf den Elternwillen – wenn es keine Vielfalt gibt, haben sie auch keine Wahl mehr. Man muss deutlich sagen: Es sind keine unrealistischen Horrorszenerarien, die wir hier an die Wand malen. Der Einheitsschulgedanke wird in allen Parteiprogrammen und Koalitionsvereinbarungen von SPD und Grünen klar und deutlich formuliert.

### Zu den gravierendsten Änderungen gehört die Rückkehr zum G9. Aus ihrer Sicht eine gute Entscheidung?

Die Rückkehr zu G9 ist eine gute und richtige Entscheidung, aber die Umsetzung ist eine Katastrophe. Die Landesregierung hatte ausreichend Zeit, die Schulen zu informieren und die Umsetzung vorzubereiten. Jetzt muss alles innerhalb von nur sechs Wochen passieren – dabei gibt es noch nicht einmal entsprechende Schulbücher. Es ist davon auszugehen, dass es nach den Sommerferien zu einem völligen Chaos an den Schulen kommt. Schlimm ist vor allem, dass die schleppende Informationspolitik kein Versehen ist, sondern bewusst eingesetzt wird, um die Gymnasien weiter zu schwächen. Die gezielte Ressourcenverlagerung zu Gunsten der Gesamtschulen ist in vielen Bereichen spürbar – zum Beispiel bei den Stellenzuweisungen. Schon jetzt gibt es Gymnasien, deren Unterrichtsversorgung bei nur noch 93 Prozent liegt. Dieses Problem wird sich nach den Sommerferien mit der Rückkehr zu G9 weiter verschärfen.



Petra Wiedenroth ist seit 2011 Geschäftsführerin des Verbands der Elternräte der Gymnasien.

Foto: Privat

### Klassenfahrtboykott, Proteste von Lehrern und Schülern, eine Kultusministerin unter Dauerfeuer – in den letzten Wochen und Monaten ging es hoch her in der niedersächsischen Schulpolitik. Kommt mit dem neuen Gesetz jetzt der Schulfriede?

Das rot-grüne Gesetz leistet keinen Beitrag, um endlich Ruhe an die Schulen zu bringen. Die Unruhe in der Bevölkerung ist groß – noch nie gab es in Niedersachsen so langanhaltende Proteste gegen die Bildungspolitik einer Landesregierung. Der Unmut wird sich nach den Sommerferien noch weiter verstärken, wenn die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien weiter sinkt.

### Ist das Thema mit der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag nun für Sie erledigt?

Nein, definitiv nicht. Wir müssen jetzt sehen, wie es weiter geht. Vor allem ist es jetzt an den Niedersachsen der Landesregierung zu zeigen, dass sie sich nicht einfach über den Willen der Bevölkerung hinwegsetzen kann. Allen, die sich eine verantwortungsvolle Bildungspolitik für ihre Kinder und Enkel wünschen, möchte ich zurufen: Steht auf und wehrt euch!

## AKTUELL

# DER BRAKER „MAULKORB-ERLASS“

„Buh-Rufe in Brake für Kultusministerin“ – so titelte die Nordwest-Zeitung, nachdem 1.000 Schüler des Gymnasiums Brake Kultusministerin Frauke Heiligenstadt Anfang Mai mit einer Demonstration gegen die rot-grüne Schulpolitik einen ungemütlichen Empfang bereitet hatten (NWZ, 7. Mai 2015). Kaum hatte die Schule den kritischen Artikel auf ihrer Homepage veröffentlicht, meldete sich die Landesschulbehörde und verlangte dessen Löschung. Die Schule reagierte prompt und stellte einen Hinweis auf ihre Seite, dass sie gezwungen worden sei, den Artikel zu löschen.

Den Direktor des Gymnasiums erwischte es sogar noch schlimmer: Ihm warf das Kultusministerium vor, während der Demonstration seine Aufsichtspflicht verletzt zu haben und lud ihn zum Disziplinalggespräch. Angeblich, so das Ministerium, hätten die Schüler unbeaufsichtigt das Schulgelände verlassen.

### Schulüberwachung statt Schulaufsicht

Die Ministerin selbst will von dem Vorgehen der ihr unterstellten Behörden nichts gewusst haben. Angeblich habe ihre Büroleiterin zusammen mit dem Präsidenten der Landesschulbehörde eigenmächtig die Löschung des kritischen Artikels angeordnet. Wirklich kritisch scheint sie diese Entscheidung jedoch nicht zu sehen, schließlich bezeichnete sie die Zensuranweisung kurz nach Bekanntwerden als „normalen Vorgang“. „Mit dieser Aussage offenbart die Ministerin ein zweifelhaftes Amtsverständnis. Zensur gehört für sie offensichtlich zum Repertoire der Landesschulbehörde. Hier wird Schulaufsicht mit Schulüberwachung verwechselt“, kritisiert CDU-Fraktionschef Björn Thümler, in dessen Wahlkreis die Stadt Brake liegt. „Meinungsfreiheit und Kritikfähigkeit sind scheinbar Begriffe, die in der rot-grünen Schulpolitik keine Rolle spielen. Stattdessen sollte das Gymnasium in Brake mundtot gemacht werden.“



Maulkorb für Braker Gymnasium – welchen Anteil hatte die Kultusministerin?

Foto: dpa



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

### Vorwürfe haltlos – Ministerin rudert zurück

Angesichts des bundesweiten Sturms der Entrüstung, der sich nach der Braker Zensur-Affäre in den Medien und den sozialen Netzwerken entlud, ruderte Heiligenstadt schnell zurück. Wohl auch, weil sich die Vorwürfe gegen den Schulleiter bei genauerem Hinsehen letztlich als haltlos erwiesen haben. So fand die Demonstration nachweislich ausschließlich auf dem Schulgelände statt. Darüber hinaus hatten sich mehrere Lehrer freiwillig bereit erklärt, auf ihre Freistunden zu verzichten und die Schüler im Auge zu behalten.

Der Direktor fordert nun die öffentliche Rehabilitierung durch die Ministerin. Völlig zu Recht, findet auch Björn Thümler: „Die Ministerin ist nicht in der Lage, ihr Haus vernünftig zu führen. Ein Maulkorberlass mit Billigung des Kultusministeriums widerspricht unseren demokratischen Prinzipien – genauso wie die ungerechtfertigte Gängelung von Landesbediensteten.“ Um aufzuklären, wann die Ministerin von der Zensuranweisung gewusst und welche Rolle sie selbst gespielt hat, hat die CDU-Fraktion angekündigt, Akteneinsicht zu den Vorgängen um das Gymnasium Brake zu beantragen.

# AKTUELL

## ERFOLGSMODELL AUF ABWEGEN

### CDU-Fraktion fordert Stärkung der beruflichen Bildung in Niedersachsen

Die berufliche Bildung in Deutschland gilt als weltweites Vorbild: Nirgendwo sind Theorie und Praxis so gut verzahnt wie hier. Doch die duale Ausbildung steckt in einer Krise: Immer weniger junge Menschen beginnen eine Ausbildung. Rot-Grün hat das System der dualen Ausbildung noch weiter geschwächt, indem den berufsbildenden Schulen (BBS) die Möglichkeit genommen wurde, selbstständig geeignete Lehrkräfte einzustellen. Mit einem eigenen Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung deshalb auf, die berufliche Bildung wieder zu stärken.

#### Rot-Grün schwächt berufsbildende Schulen

„Das System der dualen Berufsausbildung wird weltweit von vielen Staaten beneidet und ist der Schlüssel zur Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete André Bock. „Grundstein für diesen Erfolg war die Selbstständigkeit der berufsbildenden Schulen, die als regionale Kompetenzzentren für die berufliche Bildung arbeiten.“ Bereits im vergangenen Jahr hat die Landesregierung die Kompetenz der Schulleitungen bei der eigenständigen Personalplanung beschnitten – die von Kultusministerin Heiligenstadt erhofften positiven Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung blieben jedoch aus. Für die niedersächsischen Ausbildungsbetriebe ist es inzwischen ein großes Problem, passende Nachwuchskräfte zu finden. Allein im Jahr 2014 blieben laut einer Umfrage des Niedersächsischen Industrie- und Handwerkskammertags (NIHK) mindestens 7.000 Ausbildungsplätze in Niedersachsen unbesetzt. „Die Landesregierung muss die Imagekampagnen von Handwerkskammer und Berufsverbänden stärker unterstützen, um den Ruf – nicht akademischer Berufsbilder zu verbessern und über Chancen und Perspektiven für Berufseinsteiger zu informieren“, sagt Bock.

#### Programme umsetzen – Ausbildungsqualität sichern

Besonders Jugendliche, denen es aus verschiedenen Gründen schwerfällt, direkt nach dem Schulabschluss eine Ausbildung zu beginnen, werden im Antrag der CDU-Fraktion berücksichtigt. „Weder die Wirtschaft noch die Gesellschaft können es sich leisten, dass junge Menschen ohne Ausbildung nach einer Beschäftigung suchen oder in Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung geraten. Die Landesregierung muss prüfen, ob Modelle wie die „assistierte Ausbildung“ oder „Jugendberufsagenturen“ in Niedersachsen zum Einsatz kommen können“, fordert Bock.

Um einer falschen Ausbildungswahl vorzubeugen und die Abbrecherquote zu senken, sieht der CDU-Antrag eine weitere Vertiefung der Berufsorientierung in den Schulen vor. Erste Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten sollen Schüler bereits ab der vierten Grundschulklasse erhalten. „Damit das duale System wettbewerbsfähig bleibt, muss deutlich werden, dass es hochwertige Ausbildungen ermöglicht und eine echte Alternative zum Studienabschluss sein kann“, betont Bock. „Außerdem müssen den BBS wieder mehr Freiheiten und Kompetenzen gewährt werden. Ministerin Heiligenstadt muss den Erlass zur Stellenbewirtschaftung an berufsbildenden Schulen von Ende Juli 2014 unverzüglich zurückziehen.“ Im Juni befasst sich der Kultusausschuss mit dem CDU-Antrag. „Jetzt ist Rot-Grün gefordert, ein Signal für die duale Ausbildung zu setzen und unseren Antrag konstruktiv aufzunehmen.“



André Bock, MdL – Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion

## TERMINE

14. – 15. Juni

**Tagung der hochschulpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU 2015 in Hannover**

19. Juni

**Empfang der CDU-Fraktion anlässlich des Bundestreffens der Landsmannschaft der Schlesier**

9. Juli

**Anhörung der CDU-Fraktion zum Thema „Flüchtlingskatastrophe an den EU-Außengrenzen – Deutschlands Verantwortung in der Welt“ mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen**

14. – 17. Juli

**Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags**

## IMPRESSUM

#### Herausgeber:

CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

#### Verantwortlich:

Jens Nacke MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

#### Redaktion:

Anna Anding  
Dr. Eike Frenzel  
Sabine Busse  
Philip Ossenkopp  
Telefon (05 11) 3030-4119

[bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de](mailto:bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de)

#### Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>